

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste (12)

am Dienstag, 10. November 2009

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.35 Uhr

Ort: Gymnasium „In der Wüste“ (Aula), Kromschröderstraße 33

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Bürgermeister Jasper

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Griesert, Vorstand für Städtebau, Umwelt,
Feuerwehr und Ordnung
Herr Bardenberg, Fachbereich Städtebau / Fachdienst
Verkehrsplanung

von der Stadtwerke
Osnabrück AG:

Frau Zimmermann, Unternehmenskommunikation

Protokollführung:

Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Sperrung Burenkamp
 - b) Zuparken der Kreuzungen im Bereich Schnatgang / Parkstraße / Arndtstraße
 - c) Einhalten der Geschwindigkeitsbeschränkung in der Parkstraße
 - d) Einrichten eines Zebrastreifens Kreuzung Schnatgang - Parkstraße
 - e) Verkehrssicherheit Limberger Straße
 - f) Verkehrssituation Magdalenenstraße im Bereich Brinkstraße / Magdalenenstraße
 - g) Gestaltung Hoffmeyerplatz
 - h) Kanalbau und Straßenbau Knappsbrink
 - i) Hiärm-Grupe-Straße: Geschwindigkeitskontrollen / Rückschnitt des Straßenbegleitgrüns
 - j) Ergänzung des Baumbestandes an der Straße Am Pappelgraben
 - k) Nächtliche Jagd auf Enten an der Straße Am Pappelgraben
 - l) Neue Bank für die Bushaltestelle am Bischof-Lilje-Altenzentrum
 - m) Abholung der Gelben Säcke im Stadtgebiet ab 2010
 - n) Störungen der Anwohner an der Schreiberstraße durch Verbrauchermarkt und Kfz-Handel
 - o) Bebauungsplan Nr. 555 „Nördl. Brinkhofweg“
 - p) Situation an der Elisabeth-Siegel-Schule
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Jasper begrüßt ca. 50 Bürgerinnen und Bürger sowie - im weiteren Verlauf der Sitzung - das Ratsmitglied Herrn Hus, und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Jasper verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 14.01.2009 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Sperrung Burenkamp

Herr Duckstein berichtet, dass die Situation an der Durchfahrtsperre seit langem unbefriedigend ist. Die Schlösser wurden immer wieder entwendet. Motorradfahrer nutzen vermehrt diesen Weg.

Herr Bardenberg informiert über die insgesamt drei Sperrungen in den Straßen Burenkamp und Am Kalkhügel. Im Juli 2009 wurden neue Vorhängeschlösser installiert. Weiterhin wurde ein neues Schild zur Information der Nutzer aufgestellt. Dieses Schild war missverständlich und wurde korrigiert. Die neuen Schlösser sind seit 1. September in Betrieb. Schlüssel haben ausschließlich die Nutzer der Wohnanlagen hinter der Sperre erhalten. Weitere Schlüssel werden nicht ausgegeben. Die Besucher der Kleingartenanlage erhalten keine Schlüssel.

Herr Duckstein berichtet, dass auch nach dem Aufstellen des Schildes mit der neuen Regelung noch Schlüssel von der Verwaltung erhältlich gewesen sein sollen.

Ein Anwohner des Brinkhofweges teilt mit, dass er von den negativen Auswirkungen der Sperrung betroffen sei. Viele Pkw fahren über den Brinkhofweg und nutzen seinen privaten Hofplatz zum Wenden. Dies seien Besucher der Kleingartenanlagen, zurzeit viele Baufahrzeuge, aber auch die Müllabfuhr. Die Kleingärtner sollten einen Zugang zu ihrem Gelände haben, z. B. wenn sie Material transportieren müssen.

Herr Scholz fragt, aufgrund welcher gesetzlichen Regelung die Sperrung dieser für den öffentlichen Verkehr gewidmeten Straße erfolgte.

Herr Griesert berichtet, dass die Straßenverkehrsordnung verschiedene Einschränkungen zulässt, z. B. auch für die Ausweisung von Tempo-30-Streckengeboten oder für Einbahnstraßen.

Ein Bürger teilt mit, dass die Anwohner der Feldstraße die Etablierung einer Drogenszene befürchteten. Gerade im Winterhalbjahr, wenn weniger Kleingärtner vor Ort sind, verstärkte sich diese Problematik, da es sich um ein abgelegenes Gebiet handelt. Es gab dort bereits Festnahmen durch die Polizei. Wer samstags gegen Mitternacht dorthin fährt, sei sicherlich kein Kleingärtner.

Ein Bürger fragt, ob der Zweiradverkehr die Wege nutzen könne und berichtet, dass insbesondere morgens viele Motorräder auf den eigentlich gesperrten Wegen unterwegs seien. Weiterhin wird gefragt, ob die Sperre so umgestaltet werden könne, dass nur Radfahrer durchfahren könnten.

Herr Bardenberg teilt mit, dass nur die Durchfahrt für Radfahrer zulässig sei. Wenn die Sperre verengt werde, sei keine Durchfahrt mit Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühlen mehr möglich.

Herr Wendt von der Polizeistation Sutthausen berichtet, dass sich die Bürger auch bei der Polizei mit Beschwerden über die Motorradfahrer gemeldet hätten. Vor allem morgens und mittags fahren viele Motorradfahrer auf diesen Wegen. Eine Motorradstreife der Polizei kontrolliert und hat mehrfach Verwarnungen ausgesprochen.

2 b) Zuparken der Kreuzungen im Bereich Schnatgang / Parkstraße / Arndtstraße

Frau Lugert berichtet, dass in zweiter Reihe und im Kreuzungsbereich geparkt wird. Fußgänger-/innen und Radfahrer-/innen werden dadurch behindert. Kann ein Bewohnerparken eingerichtet oder das Parkverbot im Kreuzungsbereich mit Hilfe von Pollern sichergestellt werden?

Herr Bardenberg teilt mit, dass durch das OS Team regelmäßig kontrolliert wird. Bauliche Maßnahmen zur Änderung der Verkehrssituation seien dort nicht möglich. Das Thema Bewohnerparken wird nach Beschlussfassung des Masterplans Mobilität von der Verwaltung bearbeitet. Die Bereiche in der vorderen Wüste sollen vorrangig geprüft werden. In dem Verfahren wird eine Anwohnerbeteiligung durchgeführt.

Herr Griesert berichtet, dass bei der Einrichtung von Zonen für das Bewohnerparken geprüft werde, inwieweit dies sinnvoll sei und welche Auswirkungen sich auf angrenzende Stadtteile ergeben könnten.

Ein Bürger weist darauf hin, dass offenbar viele Pendler diesen Bereich als Parkplatz nutzen. Eine Verbesserung der Parksituation sei dringend erforderlich.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass immer wieder die gleichen Pkw an diesem Kreuzungsbereich parken, insbesondere im Bereich der Pizzeria Ecke Schnatgang/Parkstraße. Dabei wird der Verkehr im Kreuzungsbereich ebenso behindert wie die Radfahrer auf den Radwegen.

Herr Dr. Simon fragt, ob durch bauliche Maßnahmen das ordnungswidrige Parken an der genannten Kreuzung verhindert werden könne.

Herr Griesert teilt mit, dass die Einsatzmöglichkeiten des OS Teams aufgrund der personellen Kapazitäten begrenzt sind. Bauliche Einschränkungen, wie z. B. Poller auf Gehwegen, haben in anderen ähnlichen Situationen dazu geführt, dass es Beschwerden der Anwohner gab oder dass die Poller zum Abstellen von Fahrrädern genutzt wurden.

Herr Jasper weist darauf hin, dass bei der Ausweisung von Bewohnerparken alle Argumente abzuwägen sind und die Anwohner durchaus unterschiedliche Ansichten hätten. Auch bei der Abpollerung von Wegen u. ä. gebe es immer wieder Befürworter und Gegner.

Eine Bürgerin teilt mit, dass die Stadtbusse am MediPark oft nicht bis an den Rand der Haltestellen heranfahren können, da Taxen im Eingangsbereich vor der Apotheke stehen. Der Gehweg vor dem Gebäude ist sehr breit. Evtl. könnten dort Stellflächen für Taxen eingerichtet werden.

Herr Jasper bittet die Verwaltung, mit dem MediPark und den Stadtwerke Kontakt aufzunehmen.

2 c) Einhalten der Geschwindigkeitsbeschränkung in der Parkstraße

Frau Lugert fragt, ob Messungen bzw. Kontrollen durchgeführt werden können.

Herr Griesert teilt mit, dass bei der Überwachung des fließenden Verkehrs die dazu ergangenen Richtlinien zu beachten sind. Danach sind Geschwindigkeitsüberwachungen dort zu konzentrieren, wo sich häufig Unfälle ereignen (Unfallbrennpunkte) oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich Unfälle ereignen werden (Gefahrenpunkte).

Eine Unfallhäufungsstelle liegt hier nicht vor. Die o. g. besondere Gefährdung, die für eine Verkehrsüberwachungsmaßnahme erforderlich ist, muss deutlich über das Maß an Gefahren hinausgehen, das üblicherweise durch den Straßenverkehr ausgelöst wird. Das kann zum Beispiel an Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen der Fall sein. Daneben müssen noch bestimmte technische Voraussetzungen an den Standort des Messfahrzeuges und an die Messstrecke erfüllbar sein. Der Fachbereich Bürger und Ordnung wird auf Basis der zuvor ausgeführten Erlasslage und der technischen Gegebenheiten vor Ort die jeweilige Einrichtung eines Mess-Standortes prüfen.

2 d) Einrichten eines Zebrastreifens Kreuzung Schnatgang - Parkstraße

Frau Lugert berichtet, dass an der Parkstraße der Fahrradweg an der Kreuzung Parkstraße-Schnatgang endet und die Radfahrer dort von Pkw abgedrängt werden.

Herr Bardenberg zeigt anhand von Fotos die Situation an der Kreuzung auf. An dieser Stelle sei eine besondere Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer gefordert. Die Problematik sei der Verwaltung bekannt. Der bisher unterbrochene Schutzstreifen für Radfahrer soll zukünftig im Bereich der Querungshilfen weitergeführt werden. Dies wurde in einer Verkehrsbesprechung vereinbart.

Herr Griesert erläutert, dass vor allem für den Radfahrverkehr die Sicherheit erhöht werden solle. Schutzstreifen dürfen von Pkw nur dann bei Bedarf überfahren werden, wenn Radfahrer nicht gefährdet werden. Man werde die Situation beobachten, um festzustellen, ob sich diese Maßnahme bewährt.

Herr Runge hält die Weiterführung der Schutzstreifen für eine gute Lösung, da in diesem Kreuzungsbereich die Radfahrer höheren Gefahren ausgesetzt sind.

Herr Kersten berichtet, dass er kaum noch mit dem Fahrrad durch diese Straße fährt. Der Lkw-Anteil am Verkehr sei gestiegen. Die Fahrzeuge fahren dicht am Radfahrstreifen entlang und kommen mit ihren Außenspiegeln nahe an die Radfahrer heran. Er regt an, durch eine entsprechende Beschilderung die Radfahrer darauf hinzuweisen, dass die Lange Straße und die Wüstenstraße sicherere Wege seien.

Herr Siekmeyer teilt mit, dass durch den Neubau des MediPark mit der Tiefgarage das Verkehrsaufkommen stark zugenommen habe. Die Straße werde immer wieder blockiert. Es werde auf den Radstreifen geparkt.

Herr Griesert berichtet, dass viele der älteren Gebäude weder über Garagen noch über Pkw-Stellflächen verfügen. Bei Neubauten müsse eine bestimmte Zahl von Stellflächen nachgewiesen werden. Dies sei beim Bau des MediPark erfolgt. Darüber hinaus gibt es die Haltestellen des ÖPNV direkt vor dem Gebäude.

Herr Siekmeyer erläutert, dass in der Tiefgarage ausreichend Parkraum vorhanden sei. Offenbar werde dieses Angebot nur wenig genutzt, da vor den Gebäuden viele „wilde“ Parker die Straßen und Wege blockieren.

Herr Scholz berichtet, dass die Ein-/Ausfahrt relativ eng gestaltet ist. Wer vor der Schranke wartet, steht auf dem Radweg, das nächste wartende Fahrzeug steht dann auf der Straße. So entsteht schnell ein Stau.

Herr Balzer bestätigt die Situation. Die Schranke steht sehr weit vorne und sollte nach hinten versetzt werden in Richtung der Garage. Insbesondere morgens bei Büro-/Praxisbeginn sei regelmäßig ein Verkehrschaos zu beobachten. Herr Balzer begrüßt es, dass ein solcher Betrieb im Stadtgebiet angesiedelt ist. Die Verkehrssituation müsse jedoch verbessert werden.

Eine Bürgerin teilt mit, dass die frühere Radwegführung auf dem Hochbord sicherer für Radfahrer gewesen sei. Die Gehwege seien breit genug. Auf der Straße zu fahren, sei gefährlicher für die Radfahrer.

Ein Bürger hält die Führung für den Radverkehr auf Straßenniveau für eine bessere Lösung. Dies führt dazu, dass die Pkw Rücksicht nehmen müssen und nicht zu schnell fahren. Zudem könne auf dem Bürgersteig schnell ein Konflikt zwischen Fußgängern und den wesentlich schnelleren Radfahrern entstehen.

Ein weiterer Bürger weist darauf hin, dass früher das Parken in der Tiefgarage die ersten ca. 15 Minuten kostenfrei war, nun aber kostenpflichtig ist. Daher parken viele Personen ihr Kfz an der Straße.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Der Betreiber des MediPark weist darauf hin, dass er außerhalb des offiziellen Parkgebühren-Tarifs, der wie auch in den Parkgaragen der OPG für jede angefangene Stunde tagsüber eine Gebühr von 1,00 EUR vorsieht, derzeit eine Kulanz von 8 Minuten eingerichtet hat, die ermöglicht, dass alle Patienten, die mit dem Auto gebracht oder abgeholt werden, bequem und trocken in die Tiefgarage gebracht oder dort abgeholt werden können. Diese Regelung wird derzeit mehr als 500-mal im Monat in Anspruch genommen und hilft damit, die Parksituation vor dem MediPark zu entschärfen. Der Zugang von der Tiefgarage in das Ärztehaus ist behindertengerecht ausgestattet.

Ein Bürger erkundigt sich, ob an dieser Stelle vermehrt Unfälle zu verzeichnen sind.

Herr Wendt von der zuständigen Polizeistation berichtet, dass ein hoher Anteil an ordnungswidrigem Parken zu verzeichnen sei. Eine Unfallhäufung sei nicht bekannt.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Das Sachgebiet Verkehr bei der Polizei Osnabrück führt die Unfallstatistiken für das Stadtgebiet. Für die Parkstraße wurden im Jahr 23 Unfälle erfasst, davon 2 an der Ausfahrt Medi.Park. In beiden Fällen wurden parkende Pkw beschädigt. Im Jahr 2009 wurden bisher 28 Unfälle erfasst, davon 3 am bzw. im Parkhaus.

Herr Scholz regt an, an diesem Straßenabschnitt ein Tempo-30-Gebot einzurichten. Dort seien viele Besucher des MediPark unterwegs, vor allem viele ältere Leute.

Herr Jasper bittet die Verwaltung, mit dem MediPark Kontakt aufzunehmen, um Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrssituation zu besprechen.

2 e) Verkehrssicherheit Limberger Straße

Frau Gerrish fragt, ob die Verkehrssituation in Höhe des Bischof-Lilje-Altencentrums verbessert werden kann. Weiterhin wird gefragt, ob ein Ausbau der unbefestigten Ränder der Straße geplant ist.

Herr Bardenberg teilt mit, dass diese Angelegenheit am 17.09.2009 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten wurde. Ein Ortstermin mit dem Altenzentrum und der Kita „Wüstenmäuse“ wurde durchgeführt. Auch die Nutzer der Kleingartenanlage haben sich für eine Querungshilfe ausgesprochen. Die Verwaltung schlägt vor, eine Querungshilfe gegenüber der Ausfahrt einzurichten. Der vorhandene Graben würde an dieser Stelle geschlossen und die Fläche gepflastert. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird im Dezember über diese Variante beraten. Der Bau könnte dann in 2010 erfolgen. Es würde sich zunächst um ein Provisorium handeln, da die Limberger Straße noch ausgebaut werden muss. Der Termin für diese Bauarbeiten steht noch nicht fest.

Ein Bürger berichtet, dass insbesondere die ungesicherten Ränder der Straße neben dem Graben zwangsläufig dazu führen, dass z. B. Personen mit Rollator nur auf der Straße laufen können.

Weiterhin hat sich in dieser Straße aufgrund der Bauarbeiten im Umfeld ein Schleichverkehr entwickelt. Er regt an, den Straßenabschnitt entlang der Kleingartenkolonie als verkehrsberuhigte Zone auszuweisen.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass dieser Abschnitt vor dem Ausbau der Limberger Straße mit „Anlieger frei“ ausgewiesen war.

Herr Bardenberg teilt mit, dass dieses Schild aufgrund der Bauarbeiten entfernt, aber nun wieder aufgestellt werde.

Herr Runge berichtet, dass der Teilabschnitt insbesondere in westlicher Richtung (bei den zwei „Hochhäusern“) eine unsichere Verkehrssituation aufweist. Im Umfeld dieser Häuser parken viele Kfz mit auswärtigen Kennzeichen auf der Straße. Vermutlich handelt es sich um Studierende. Die Parkplätze an den Gebäuden stehen dagegen leer. Wer in diesem Straßenabschnitt mit dem Fahrrad fährt, wird zum Straßenrand abgedrängt. Herr Runge schlägt vor, an dieser Stelle ein Parkverbot einzurichten.

Herr Jasper bestätigt, dass die Verkehrssituation in diesem Straßenabschnitt unbefriedigend ist.

2 f) Verkehrssituation Magdalenenstraße im Bereich Brinkstraße / Magdalenenstraße

Frau Gerrish berichtet, dass vor der Ampelkreuzung oft zu schnell gefahren wird, da die Pkw noch die Grünphase nutzen wollen. Dies kann Gefahren für die Anlieger mit sich bringen, z. B. wenn sie aus dem parkenden Auto aussteigen. Gibt es Möglichkeiten, im diesem Bereich die Verkehrssicherheit zu verbessern?

Herr Bardenberg erläutert, dass an alle Verkehrsteilnehmer appelliert werde, die im Straßenverkehr erforderliche Vorsicht und gegenseitige Rücksicht walten zu lassen. Weitere Poller würden die Parkmöglichkeiten verringern. Der Bedarf an Stellplätzen sei aber gegeben. Das OS Team kontrolliere dort regelmäßig.

Herr Scholz hält es für bedauerlich, dass die Rücksichtnahme im Verkehr nicht mehr üblich sei.

Ein Bürger fragt, ob durch eine Änderung der Ampelschaltung eine Verbesserung erreicht werden könne.

Herr Bardenberg berichtet, dass die Ampeln in der Brinkstraße und Magdalenenstraße auf die Schaltungen an der Kreuzung Sutthausener Straße abgestimmt sind. Leider werde mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren, um die Grünphase an der nächsten Kreuzung noch zu erreichen.

Herr Griesert weist darauf hin, dass die Busse des ÖPNV durch eine Vorrangschaltung zusätzliche Grünphasen für die Kreuzung an der Sutthauer Straße anfordern können. Die Verwaltung werde prüfen, ob die Ampelschaltungen an dieser Stelle so eingerichtet werden können, dass die Kfz-Fahrer sich nicht mehr animiert fühlen, von einer Kreuzung zur nächsten zu schnell zu fahren.

2 g) Gestaltung Hoffmeyerplatz

Frau Gerrish fragt, ob auf den Rasenflächen wieder Blumen gepflanzt werden und ob solche Pflanzungen gespendet bzw. gesponsert werden können.

Eine Bürgerin regt an, für die Blumenbepflanzung weitere Sponsoren zu suchen. Die Fa. Hellmann habe für den Platz die Bäume gespendet.

Ein Bürger berichtet, dass der Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe die Pflanzung von etwa 500 - 600 Tulpen und Narzissen angekündigt hat.

Herr Griesert teilt mit, dass sich der Sparzwang für die Kommunen immer mehr verschärft und Auswirkungen für die Bürger nicht mehr vermeidbar seien. Beim Grünservice würden die Kosten vor allem durch die laufende Pflege der Flächen und Beete entstehen, weniger durch die Anschaffung der Blumen und Gehölze.

Herr Dr. Simon schlägt vor, die im Stadtgebiet ansässigen Gartencenter anzusprechen. Sie könnten z. B. Pflanzbeete anlegen, die mit einem Hinweisschild „Spende der Fa. xxx“ versehen werden.

Herr Griesert berichtet, dass bei Spenden an die Kommunalverwaltung auch die Aspekte der Korruptionsvorbeugung zu beachten seien. Richtlinien zur Handhabung seien in Bearbeitung.

2 h) Kanalbau und Straßenbau Knappsbrink

Mehrere Anwohner vom Knappsbrink fragen nach der angekündigten Infoveranstaltung, dem weiteren Vorgehen zum Ausbau der Trennkanalisation, nach den Kosten, dem Zeitplan der Baumaßnahmen und dem Straßenbau.

Herr Bardenberg trägt die Stellungnahme der Stadtwerke Osnabrück vor:

Es ist nicht bekannt, dass den oben angeführten Anliegern eine Info-Veranstaltung bezüglich des Kanalausbaus im Knappsbrink zugesagt worden ist. Die Eigentümer der Grundstücke Knappsbrink 2 bis 12 wurden schriftlich mit Schreiben vom 06.03.09 über die Maßnahme informiert. Des Weiteren fand eine Besprechung am 24.03.09 bezüglich des Kanalbaus im Hause der Stadtwerke Osnabrück statt. Daran haben die Eigentümer der Grundstücke Nr. 8, 10 und 12 teilgenommen. Außerdem wurden die Anlieger der o. a. Straße mittels eines zusätzlichen Informationsschreibens (wird in der Regel ohne Adressat in die Briefkästen verteilt) in der 29. KW 2009 informiert.

Die Gesamtkosten für die Kanalbaumaßnahmen (Trennkanalisation des Verbindungsstückes Feldstraße bis zur Brücke und des Knappsbrinks 2-12) betragen ca. 175.000,- €.

Die Kosten für den Kanalbau werden über die Gebühren finanziert. Die Anlieger müssen i. d. R. die Kosten für die Herstellung der Anschlüsse einschließlich der Schächte tragen. Über die Kosten im Einzelnen sind die Eigentümer in einem Schreiben vom 06.03.09 informiert worden.

Aufgrund der technischen Randbedingungen (u. a. der Tiefenlage) wird der Durchmesser der Revisionsschächte für Schmutzwasser DN 800 mm und für Regenwasser DN 400 mm betragen.

Nach Rücksprache mit der Bauabteilung ist die Kanalbaufertigstellung für Ende Januar 2010 vorgesehen, im Anschluss daran erfolgt der Straßenausbau. Informationen zu Terminen des Straßenbaus werden durch die Stadt Osnabrück / Fachdienst Straßenbau erteilt.

Frau Gehrs berichtet, dass ein nur wenige Meter langer Straßenabschnitt am Feldweg hinter der Baustelle seit Wochen komplett gesperrt sei. Radfahrer müssten einen weiten Umweg in Kauf nehmen. Den Bürgern sei nicht bekannt, wie lange die Sperrung dauern würde.

Herr Jasper berichtet, dass er von einem weiteren Anwohner des Knappsbrinks gefragt wurde, warum es nach der Infoveranstaltung im Sommer 2008 noch keine Kostenaussage gibt.

Herr Bardenberg teilt mit, dass hierzu am 18.09.2009 in der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt informiert wurde (siehe Anlage).

Herr Kersten berichtet, dass bei einem Gesprächstermin von drei Anwohnern bei den Stadtwerken eine Infoveranstaltung im Juli 2009 zugesagt wurde, da es viele offene Fragen gab.

Herr Griesert verweist zur Frage der Kosten auf die Information im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Kosten seien abhängig von mehreren Faktoren (Größe des Grundstücks, Art der Nutzung u. a.). Die betroffenen Anwohner sollten daher direkt beim Fachdienst Beitragswesen anfragen (Stadthaus 1, Heger-Tor-Wall 2, Tel. 2680).

Ein Bürger berichtet, dass er bereits beim Fachdienst Beitragswesen angefragt hatte, ob eine Berechnung für einige der Grundstücke möglich sei. Die Anwohner seien im ungewissen und warteten auf konkrete Aussagen.

Herr Griesert erläutert, dass die Berechnung von Vorausleistungen nur auf der Basis konkreter Kostenvoranschläge möglich sei. Die Information der Anlieger sollte dennoch möglichst frühzeitig erfolgen, zumal wenn es sich um größere Beträge handelt.

Herr Kersten berichtet, dass bei den Kanalarbeiten in der Dr.-Eckener-Straße kein Einbau von Revisionsschächten erforderlich war. Für den Knappsbrink werde ein solcher Einbau gefordert. Für die Grundstückseigentümer kämen dadurch zusätzliche Kosten in vierstelliger Euro-Höhe hinzu.

Ein Bürger berichtet, dass er vor einigen Jahren einen Revisionsschacht im Keller seines Gebäudes gebaut habe. Nun müsse lt. Aussage der Stadtwerke ein weiterer Schacht gebaut werden.

Herr Griesert weist darauf hin, dass bei der Umstellung von Misch- und Trennsysteme in der Regel in zweiter Revisionsschacht erforderlich ist. In Abstimmung zwischen Stadtwerken und Stadt Osnabrück werden nur solche Maßnahmen auferlegt, die für den ordnungsgemäßen Betrieb der Entwässerungsanlagen unbedingt notwendig sind.

2 i) Hiärm-Grupe-Straße: Geschwindigkeitskontrollen / Rückschnitt des Straßenbegleitgrüns

Herr Sommerfeld berichtet, dass Geschwindigkeitskontrollen erforderlich sind. Weiterhin soll im Sommer ein Rückschnitt der Bepflanzungen in den Verkehrsberuhigungsnasen erfolgen, da diese eine Sichtbehinderung darstellen.

Herr Griesert teilt mit, dass bei der Überwachung des fließenden Verkehrs die dazu ergangenen Richtlinien zu beachten sind. Danach sind Geschwindigkeitsüberwachungen dort zu konzentrieren, wo sich häufig Unfälle ereignen (Unfallbrennpunkte) oder die Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich Unfälle ereignen werden (Gefahrenpunkte). Eine Unfallhäufungsstelle

liegt hier nicht vor. Die o. g. besondere Gefährdung, die für eine Verkehrsüberwachungsmaßnahme erforderlich ist, muss deutlich über das Maß an Gefahren hinausgehen, das üblicherweise durch den Straßenverkehr ausgelöst wird. Das kann zum Beispiel an Schulen, Kindergärten oder Senioreneinrichtungen der Fall sein. Daneben müssen noch bestimmte technische Voraussetzungen an den Standort des Messfahrzeuges und an die Messstrecke erfüllbar sein. Der Fachbereich Bürger und Ordnung wird auf Basis der zuvor ausgeführten Erlasslage und der technischen Gegebenheiten vor Ort die jeweilige Einrichtung eines Messstandortes prüfen.

Der genannte Bereich ist im Grünflächenkatalog des Eigenbetriebes der Pflegestufe II zugeordnet. Das so genannte Straßenbegleitgrün wird - auch vor dem Hintergrund der Verkehrssicherungspflicht - nach Bedarf geschnitten (3-4 x jährlich je nach Wuchsstärke bzw. Jahreszeit). Diese Arbeiten werden von einer Fremdfirma im Auftrag des Eigenbetriebes Grünflächen und Friedhöfe erledigt.

2 j) Ergänzung des Baumbestandes an der Straße Am Pappelgraben

Frau Wieseler fragt, ob in den Lücken, die der Orkan Kyrill im Januar 2007 verursacht hat, wieder Bäume gepflanzt werden.

Herr Griesert teilt mit, dass im Bereich der Straße Am Pappelgraben durch den Eigenbetrieb Grünflächen und Friedhöfe in der Pflanzsaison 2009/2010 einzelne Neupflanzungen von Bäumen auf der dem Graben zugewandten Gehwegseite vorgesehen sind (Abschnitt zwischen Hiärm-Grupe-Straße und Sandstraße).

2 k) Nächtliche Jagd auf Enten an der Straße Am Pappelgraben

Frau Wieseler berichtet, dass sonntags nachts die Jagd auf Enten beobachtet wurde und fragt, ob die Verwaltung oder die Polizei eingreifen kann.

Herr Griesert bittet darum, bei solchen Beobachtungen sofort die Polizei zu alarmieren.

Grundsätzlich ist die Jagd in der Nachtzeit verboten. Als Nachtzeit gilt die Spanne von einhalb Stunden nach Sonnenuntergang bis eineinhalb Stunden vor Sonnenaufgang. Auf Nachfrage hat der Jagdberechtigte für den Bereich Pappelgraben mitgeteilt, dass dort keine legalen Bejagungen durchgeführt wurden.

Mehrere Bürger berichten, dass Schüsse gehört wurden, tote Tiere gefunden und auch schon einmal die Polizei gerufen wurde.

2 l) Neue Bank für die Bushaltestelle am Bischof-Lilje-Altenzentrum

Frau Wieseler berichtet, dass viele Nutzer die Bank in der Buswartehalle als unbequem empfinden und sich eine komfortablere Sitzgelegenheit wünschen.

Frau Zimmermann teilt mit, dass die Wartehalle in Abstimmung mit Stadt und Stadtwerken aufgestellt werden. Sie werden zur Verfügung gestellt von der Fa. Ströer (Deutsche Städte Medien GmbH). Die Sitzbänke sind jeweils Bestandteil eines bestimmten Wartehallen-Typs, der von den Herstellern per Katalog angeboten wird. An der Haltestelle vor dem Altenzentrum wurde bereits eine zweite Bank installiert. Das Metallrohr dient der Stabilität. Die Neigung der Sitzfläche soll verhindern, dass sie zum Liegen benutzt wird. Da die Bänke nur wenige Minuten bis zum Eintreffen des Busses genutzt werden, wird im Verständnis dafür gebeten, dass keine kostenaufwändigen Sonderkonstruktionen angefertigt werden können. Im Stadtgebiet werden seit einiger Zeit neue Wartehallen mit dem „Osnabrücker Rad“ und anderen Holzbänken aufgestellt. Dies erfolgt vorrangig in der Innenstadt und an stark frequentierten Haltestellen. Die abgebauten Wartehallen werden u. a. dort aufgestellt, wo noch keine Unterstellmöglichkeiten vorhanden sind.

Frau Wieseler berichtet, dass an den Haltestellen der Bremer Straßenbahn Metallgitterbänke aufgestellt sind. Sie sind bequem, vandalismussicher, verschmutzen kaum und seien sicherlich nicht teuer. Die Bänke mit der Neigung seien sehr unbequem, wenn man Rückenprobleme habe.

Herr Scholz regt an, die Haltestelle am Altenzentrum vorrangig für einen Austausch mit einer neuen Wartehalle vorzusehen.

2 m) Abholung der Gelben Säcke im Stadtgebiet ab 2010

Frau Wieseler fragt, wie die Abfuhr der gelben Säcke ab dem nächsten Jahr organisiert wird.

Herr Griesert teilt Folgendes mit: Die „Duales System Deutschland GmbH“ (DSD) hat im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens die Osnabrücker Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (OAG) beauftragt, die Abfuhr der gelben Säcke im Stadtgebiet in den Jahren 2010 bis 2013 vorzunehmen. Die Abholtermine und die Orte, an denen gelbe Säcke erhältlich sind, werden wie bisher im Müllabfuhrkalender des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Osnabrück veröffentlicht. Es wird weiterhin Abholkarten geben, die bei Bedarf telefonisch nachbestellt werden können. Die telefonische „Hotline“ der OAG ist gebührenfrei. Die Qualität der gelben Säcke wird sich verbessern, da die DSD aufgrund der bisherigen Erfahrungen einen Mindeststandard vorgegeben hat.

2 n) Störungen der Anwohner an der Schreiberstraße durch Verbrauchermarkt und Kfz-Handel

Frau Haar teilt mit, dass sich die Ende 2007 im Bürgerforum geschilderten Zustände nicht gebessert, sondern zum Teil verschlechtert hätten (Lärm bei Anlieferungen, zugeparkte Rad- und Fußwege, steigendes Verkehrsaufkommen, Verrichtung der Notdurft durch Kunden auf dem von der Straße einsehbaren Gelände).

Herr Griesert berichtet, dass - wie bereits im Bürgerforum am 06.12.2007 dargestellt -, solche Situationen für die Verwaltung schwer zu kontrollieren sind, da sie erfahrungsgemäß kaum auftreten, wenn das OS TEAM vor Ort ist. Die Verwaltung bittet daher erneut darum, die Zeiten mitzuteilen, zu denen die auffälligen Situationen beobachtet werden, um entsprechend gezielt kontrollieren zu können.

Herr Bardenberg teilt mit, dass die Baumaßnahme im vorderen Bereich der Schreiberstraße zum geplanten Umbau des Heinrich-Lübke-Platzes gehört. Dieser wiederum steht in Verbindung mit dem geplanten Ausbau der Martinistraße. Die Bauarbeiten können erst beginnen, wenn die Sanierung der Lotter Straße abgeschlossen ist. Als Termin wird der Zeitraum 2011 bis 2012 angestrebt.

Herr Runge weist darauf hin, dass ursprünglich angedacht war, die Schreiberstraße als Teil einer Querverbindung bis in Richtung Sutthausen zu führen. Dies sei nicht mehr geplant. Er hält es für wichtig, baldmöglichst eine frühzeitige Bürgerbeteiligung zur Verkehrsplanung durchzuführen.

Frau Haar berichtet, dass Rattenbefall auf dem Betriebsgelände beobachtet wurde und Besucher auf dem Gelände ihre Notdurft verrichten. Insbesondere an Wochenende werde der Rad-/Fußweg von Besuchern des Marktes zugeparkt. Der Verwaltung hat auf einer Seite eine Markierung und Beschilderungen für den „Gehweg“ angebracht. Dies scheint die dort parkenden Personen nicht zu interessieren. Fußgänger sind immer wieder gezwungen, auf die Straße auszuweichen, wenn der Geh- und Radweg von Pkw blockiert wird.

Auch bei Anlieferungen des Kfz-Handels wird auf dem Fuß-/Radweg geparkt. Die Motoren des Transporters laufen weiter, während auf- oder abgeladen wird. Der Kfz-Handel verfügt offenbar über keine Besuchertoiletten. Lärm und Gerüche seien katastrophal für die Anwohner. Die Ladevorgänge sollten auf dem Betriebsgelände stattfinden. Auch der Betreiber des

Marktes sollte angesprochen werden, damit seine Besucher nicht die Wege zuparken. Weiterhin hat sich ein Schleichverkehr durch die Schreiberstraße entwickelt.

Herr Griesert erläutert, dass im Bürgerforum am 06.12.2007 die Verwaltung zu diesen Fragen schon einmal Stellung genommen hat. Leider würden die Parkregelungen im Stadtgebiet immer wieder missachtet. Durch den geplanten Umbau des vorderen Teils der Schreiberstraße werde die Einmündung verkleinert. Die Vorplanung wird im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt und danach den Anwohnern. Der Kfz-Handel ist als genehmigter Gewerbebetrieb seit 1974 ansässig und genießt einen gewissen Bestandsschutz. Der Bau von Besuchertoiletten war damals nicht vorgeschrieben.

Ein Bürger berichtet, dass die Situation mit Falschparkern und Belästigungen durch Autoabgase freitags und samstags am Schlimmsten sei. Er habe einen Falschparker angesprochen, aber nur eine unverschämte Antwort erhalten.

Eine Bürgerin berichtet, dass lange Lastzüge manchmal einen ganzen Tag lang dort stehen.

Frau Haar teilt mit, dass durch das OS Team nicht so oft kontrolliert wird, da es sich bei der Schreiberstraße um einen Außenbereich handelt. Die Lkw lassen beim Beladen ihren Motor laufen und dies mitten in der Wohnbebauung.

Ein Bürger berichtet, dass sich an der Hiärm-Grube-Straße ein weiterer Abstellplatz des Kfz-Händlers befindet. Wenn Lkw nicht auf den Platz fahren können, parken sie in der Straße und versperren die Durchfahrt zum OSC.

Herr Griesert weist darauf hin, dass ein Beladen auf der Straße möglich sei, wenn das Betriebsgelände zu klein ist. Für die Hydraulik während des Ladevorganges sind die laufenden Motoren erforderlich.

Ein Bürger teilt mit, dass ähnliche Situationen an der Sutthausen Straße beobachtet werden, wenn die Fahrzeuge ohne Kennzeichen vom Transporter quer über die Straße zum BWM-Zentrum gefahren werden.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass er mit dieser Thematik vertraut sei. Die Hydraulik beim Ladevorgang könne nur bei laufenden Motoren bedient werden. Fahrzeuge ohne Kennzeichen, die angeliefert werden, dürfen bis zu 50 m an einer Straße entlang fahren. Dies sei in den Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) geregelt.

Ein Bürger spricht die Einrichtung der Umweltzone ab 2010 an.

Herr Griesert berichtet, dass ab 4.1.2010 Fahrzeuge ohne Plaketten nicht mehr in die Umweltzone, die u. a. die bebauten Bereiche der Stadtteile Kalkhügel und Wüste einschließt, einfahren dürfen. Ausnahmen sind nur in begrenztem Umfang möglich. Hierzu gibt es ausführliche Informationen unter www.osnabrueck.de/umweltzone. Die Plakettenpflicht wird kontrolliert. Verstöße werden nach einer gewissen Übergangsfrist geahndet.

2 o) Bebauungsplan Nr. 555 „Nördl. Brinkhofweg“

Frau Gehrs erkundigt sich nach dem gegenwärtigen Planungsstand und fragt, ob ein Verfahren wegen Verstoßes gegen naturschutzrechtliche Bestimmungen (Abholzen der Bäume im Frühjahr 2009) eingeleitet wurde.

Herr Bardenberg teilt mit, dass der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss voraussichtlich Ende Januar 2010 im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten und Mitte Februar im Rat beschlossen werden soll. Die öffentliche Auslegung der Unterlagen könnte dann von Mitte Februar bis Mitte März durchgeführt werden. Dann haben Bürgerinnen und Bürger nochmals Gelegenheit, sich zu äußern oder Planungsvorschläge einzureichen. Die aktuellen

Pläne liegen im Fachbereich Städtebau aus (Dominikanerkloster / Hasemauer 1) oder können im Internet eingesehen werden unter www.osnabrueck.de/bebauungsplaene. Dort gibt es auch ein online-Formular zur Beteiligung. Der Satzungsbeschluss könnte dann im Rat im Mai 2010 gefasst werden. Nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses wären die rechtlichen Voraussetzungen gegeben und mit der Erschließung des Geländes könnte vom Investor begonnen werden.

Weiterhin teilt Herr Griesert mit, dass ein Verfahren wegen der Abholzung der Bäume eingeleitet wurde.

Frau Gehrs bekräftigt die ablehnende Haltung der Anwohner, die sich in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben. Die Bebauung werde nicht gewünscht, da damit Grünflächen zerstört würden. Leider sei eine Fläche im Frühjahr abgeholzt worden. Es werde eine jahrelange Großbaustelle mit allen negativen Auswirkungen befürchtet. Das Gelände sollte stattdessen genutzt werden als „grüner Finger“ und zur Vernetzung der Wanderwege. Nach derzeitiger Planung sei kein öffentlicher Weg vorgesehen. Ein Bedarf für weitere Bauflächen sei nicht ersichtlich, zumal durch die Konversion zusätzlich Wohngebäude und Mietwohnungen zur Verfügung stehen.

Ein Bürger teilt mit, dass er dem Bauvorhaben eher neutral gegenüber stehe. Nicht alle Anwohner würden sich gegen die Ausweisung als Baufläche aussprechen.

Herr Griesert weist darauf hin, dass in früheren Bürgerforen die Planungen ausführlich vorgestellt wurden. Bei der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes können Bürgerinnen und Bürger nochmals ihre Anregungen und Bedenken vortragen.

2 p) Situation an der Elisabeth-Siegel-Schule

Frau Gehrs erkundigt sich nach der Sanierung der Toilettenanlage, den Maßnahmen zum Brandschutz sowie nach der Hortsituation.

Herr Griesert teilt mit, dass durch den Eigenbetrieb Immobilien- und Gebäudemanagement, Fachdienst Hochbauten, zurzeit die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes mit dem Fachdienststellen (Feuerwehr und Fachdienst Bauordnung) abgestimmt werden. Eine Realisierung ist nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich. Ob somit Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes im Jahr 2010 durchgeführt werden können, kann erst nach Beendigung der Haushaltsberatungen / Freigabe des Wirtschaftsplanes zugesichert werden. Dies trifft auch für die notwendigen Sanierungen der Toilettenanlage zu. Aus Sicht des Eigenbetriebes Immobilien- und Gebäudemanagement haben die Maßnahmen zur Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes größere Priorität als die Sanierung der Toilettenanlagen.

Zur Frage der Hortsituation trägt Herr Griesert die Stellungnahme des Fachbereiches Kinder, Jugendliche und Familien vor: Am Standort der Elisabeth-Siegel-Schule werden derzeit 2 Hortgruppen vorgehalten für insgesamt 40 Kinder. Die Hortbetreuung wird in den Mobilcontainern am Schulstandort vorgehalten. Derzeit gibt es kurzfristig keine Erweiterungsmöglichkeiten. Im Rahmen von Gesprächen mit dem Träger der Arbeiterwohlfahrt und der Schule wird versucht, zum Sommer eine Erweiterung zu realisieren. Ob und unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten dies möglich sein wird, kann zurzeit nicht gesagt werden.

Herr Balzer berichtet, dass auf der Warteliste 16 Kinder stehen. Daher sei die räumliche Situation zu verbessern. Mobilcontainer seien keine Lösung auf Dauer. An anderen Schulstandorten würden Gebäude leer stehen. Die Verwaltung sollte daher eine Verlagerung des Abendgymnasiums Sophie Scholl prüfen. Weiterhin wird auf den unzumutbaren Zustand der Schultoiletten hingewiesen. Auch dies sei auf Dauer nicht tragbar. Die Kinder würden nicht mehr die Toiletten nutzen wollen. Es sollte eine Kontrolle des Gesundheitsamtes erfolgen.

Ein Mitglied des Schulelternrates berichtet, dass einem die unangenehmen Gerüche schon bei Betreten des Gebäudes entgegenkämen. Die Kinder würden für ihre Notdurft eher die Wege vor dem Haus nutzen. Auch die Mängel der Brandschutzsicherung seien schon seit langem bekannt. Seit einigen Wochen wurde der Eigenbetrieb Immobilien- und Gebäudemanagement aktiv. Der hierfür zuständigen neuen Mitarbeiterin werde an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Der Bedarf ist unstrittig, nur die Finanzierung müsse noch geklärt werden.

Im Rahmen eines Sponsorenlaufs der Schulkinder wurden insgesamt 13.000 € für die Lernraumgestaltung gesammelt. Nun warte man die Gegenfinanzierung der Stadt. Sicherlich hätten die Brandschutzmaßnahmen Vorrang, aber auch für die Umsetzung des Lernraumkonzeptes zur Verbesserung der Lernsituation sei Bedarf vorhanden. Die Eltern unterstützten diese Planungen wie die finanzielle Förderung durch die Spenden gezeigt habe.

Herr Jasper dankt den Schülern, Eltern und der Belegschaft der Elisabeth-Siegel-Schule für ihr großes und vorbildliches Engagement.

Eine Bürgerin bestätigt den unhaltbaren Zustand der Toilettenanlagen. Zur Frage der Hortunterbringung wurde von der Verwaltung empfohlen, sich in anderen Stadtteilen um einen Hortplatz zu kümmern. Der Bedarf sei aber im Stadtteil Kalkhügel vorhanden und werde durch das geplante Baugebiet ansteigen. Bei den Kita-Plätzen sei die Situation ähnlich angespannt. Sie unterstützt den Vorschlag, eine Verlegung des Abendgymnasiums zu prüfen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass in vielen Familien beide Elternteile berufstätig sein wollen oder müssen und dementsprechend Sozialabgaben erwirtschaften.

Herr Griesert bestätigt, dass dieser Aspekt mit zu beachten sei. Auch dem demografischen Wandel müsse entgegengesteuert werden. Es sei im Interesse der Stadt Osnabrück, die Einwohnerzahl zu stabilisieren und möglichst noch zu erhöhen. Hierzu gehören Betreuungsangebote für Kinder, um beiden Elternteilen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Es gibt zurzeit keine aktuellen Vorhaben des Fachbereiches Städtebau.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Verkehrskontrollen

Ein Bürger berichtet, dass die „Parkmoral“ offenbar immer weiter absinkt. Der Personalbestand des OS Teams sollte verstärkt werden, um auch in den Außenbezirken öfter kontrollieren zu können. Auch die Einnahmen der Stadt würden dadurch steigen.

Herr Jasper berichtet, dass der Rat der Stadt Osnabrück aufgrund der defizitären Haushaltsituation keine neuen Personalstellen genehmigt habe. Die Aufsichtsbehörde beim Innenministerium Niedersachsen habe die Stadt Osnabrück mehrfach angemahnt, intensiv Einsparmöglichkeiten bei denjenigen Aufgaben zu suchen, für deren Erledigung keine gesetzliche Verpflichtung vorhanden ist. Die Kontrollen alleine seien keine Lösung der Verkehrsprobleme. Jeder Teilnehmer am Verkehr müsse sich seiner Verantwortung bewusst sein.

4 b) Braune Tonne - Kompost -

Herr Scholz fragt, wie viele Bürger / Haushalte keine Braune Tonne haben und warum diese dennoch den Kompost-Flyer erhalten haben. Weiterhin wird nach den Kosten der Postwurfsendungen gefragt.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb teilt Folgendes mit: Die Befreiung von der Braunen Tonne ist nur durch Grundstücksbesitzer möglich. Zurzeit sind geschätzt etwa ein Viertel der ca. 85.000 Osnabrücker Haushalte befreit, da sie selber kompostieren. Die Flyer „Störstoffe in den Bio-tonnen“ wurden von einem Zustell-Service verteilt. Eine Trennung nach Nutzern und Nicht-Nutzern würde eine detaillierte Auswertung aller 85.000 Haushalte erfordern und einen dementsprechend hohen Verwaltungsaufwand. Auch die Verteilung müsste differenziert erfolgen und wäre damit um ein mehrfaches zeitaufwändiger und entsprechend teurer. Nicht alle Grundstückseigentümer wohnen in ihren Gebäuden oder überhaupt in der Stadt Osnabrück. Die Verwaltung hätte dann Flyer (in geschätzter Anzahl) an die Eigentümer schicken müssen, mit der Bitte, sie an die Mieter weiterzugeben. Vorher wäre zu ermitteln gewesen, wie viele Wohnungen ein Eigentümer im Stadtgebiet vermietet. Dies hätte - sofern überhaupt möglich - weiteren Aufwand erfordert. Auch dafür wäre eine Postzustellung erforderlich gewesen. Ob die Eigentümer ihre Mieter informieren, wäre nicht mehr von der Verwaltung beeinflussbar.

4 c) Umweltzone - Emissionen des ÖPNV

Herr Scholz fragt, wie viel Feinstaub und wie viel CO₂ durch einen Stadtbus auf 100 km erzeugt wird und wie viel die Flottenerzeugung in einem Jahr ist.

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:

Bei den Großfahrzeugen ist (im Gegensatz zu Pkw) die Partikelmessung nicht auf eine Kilometerstrecke, sondern auf Kilowattstunden ausgerichtet und so nicht umzurechnen.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage



Sitzung des Bürgerforums Kalkhügel, Wüste am 10.11.2009

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung hat die Anregungen und Wünsche aus der Sitzung des letzten Bürgerforums bearbeitet und Folgendes veranlasst:

Anregungen und Wünsche aus der Sitzung am 14.01.2009	Bericht der Verwaltung
Verkehrsaufkommen an der Fritz-Reuter-Straße (TOP 2 b)	<p>In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 12.03.2009 war der Beschluss gefasst worden, dass in der Fritz-Reuter-Straße im Herbst 2009 erneute Verkehrserhebungen durchzuführen sind. Diese Erhebungen sind in der Zeit vom 01.09. bis 03.09.2009 durchgeführt worden. Die Messungen kommen zu folgenden Ergebnissen: Im Durchschnitt sind pro Tag 2500 Kraftfahrzeuge gezählt worden. Im Vergleich zu den Messungen von 2008 ist die Zahl der ermittelten Fahrzeuge (2600 Kfz/24h) leicht zurückgegangen. Bei der Erhebung 2007 wurden rund 2500 Fahrzeuge pro Tag ermittelt. Das Geschwindigkeitsniveau stellt sich folgendermaßen dar: Für die Fahrtrichtung Alfred-Delp-Straße lag der V_{85}-Wert (die Geschwindigkeit, die von 85% der Fahrzeuge unterschritten wird) bei 34,2 km/h, für die Richtung Blumenhaller Weg lag er bei 29,5 km/h. Im Vergleich zu den Messungen aus dem Jahr 2008 ist dieser Wert in beiden Richtungen um 0,8 km/h leicht angestiegen. Die erneuten Verkehrserhebungen haben gezeigt, dass sich die Verkehrsmenge pro Tag auf einem Niveau von 2500 Fahrzeugen bewegt. Damit hat die Verkehrsmenge seit 1996 zwar zugenommen, liegt aber laut Regelwerk noch in der Bandbreite für Wohnstraßen. Die aktuellen Geschwindigkeitsmessungen haben gezeigt, dass die vorgeschriebene Geschwindigkeit in der Tempo-30-Zone gut akzeptiert wird. Die Ergebnisse lassen aus Sicht der Verwaltung den Schluss zu, dass keine Maßnahmen erforderlich sind.</p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat sich in seiner Sitzung am 05.11.2009* dieser Aussage angeschlossen.</p> <p>*Einladungen und Protokolle der öffentlichen Ausschusssitzungen sind im Internet einsehbar unter www.osnabrueck.de/sitzungstermine</p>
Verkehrssituation Piusstraße (TOP 4 c)	<p>Es sind im September 2009 Verkehrserhebungen an der Pius- und Schilgenstraße durchgeführt worden. Die Geschwindigkeitsmessungen an der Schilgenstraße haben ergeben, dass 85% der erfassten Fahrzeuge je nach Richtung zwischen 35 bzw. 36 km/h fahren. Die Geschwindigkeitsmessung an der Piusstraße zeigt für 85% ein Niveau von 41 km/h in Richtung Sutthäuser Straße; in Richtung Knappsbrink sind über 42 km/h gemessen worden.</p> <p>Die durchschnittliche Verkehrsmenge pro Tag an der Piusstraße hat sich von 800 Kraftfahrzeugen (Kfz) 2002 auf 1500 Kfz erhöht. An der Schilgenstraße sind 2002 rund 900 Kfz/24h gezählt worden; die Erhebung</p>

	<p>von 2009 haben 450 Kfz/24 h erfasst.</p> <p>Die Verkehrsbesprechung hat anhand dieser Ergebnisse die Empfehlung ausgesprochen, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an der Piusstraße zu prüfen, um die Akzeptanz der Tempo-30-Regelung zu erhöhen.</p>
<p>Straßensperre am Burenkamp (TOP 4 d)</p>	<p>► Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2 a). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.</p>

Stadt Osnabrück
Fachbereich Finanzen und Controlling

Osnabrück, 16. September 2008

TISCH-
Mitteilungsvorlage

Betreff: Kanal- und Straßenausbau Knappsbrink

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	18.09.2008	Ö	9b

Inhalt der Mitteilung:

Die Anfrage der CDU-Fraktion vom 11. September 2008, ob Anlieger am Knappsbrink bis zu 20.000 € für den Straßen- und Kanalbau zahlen müssen, wird wie folgt beantwortet:

Der Knappsbrink im Bereich Am Kalkhügel bis zur Bahnstrecke soll im Rahmen der erstmaligen endgültigen Herstellung nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches abgerechnet werden. Der Anliegeranteil an den beitragsfähigen Ausbaukosten beträgt somit 90 %. Ein Ausschreibungsergebnis liegt dem Fachbereich Finanzen nicht vor. Die nachstehenden Angaben zu Kosten beruhen auf Schätzungen des Fachbereichs Städtebau. Die Grundstückssituation am Knappsbrink ist jedoch nicht einheitlich. Es gibt sehr kleine Grundstücke mit gut 200 m² Grundstücksfläche und einem Beitrag von voraussichtlich ca. 1.200 € sowie Grundstücke mit 1.000 m², 2.000 m², 4.000 m² und 9.600 m².

Grundstücke, die am Knappsbrink im Teilbereich entlang der Eisenbahnstrecke liegen, werden ebenfalls zu Erschließungsbeiträgen herangezogen. Dieser Teilbereich des Knappsbrink wird eigenständig abgerechnet. Die Beiträge belaufen sich je nach Grundstückgröße auf voraussichtlich 3.000 € bis ca. 11.000 €.

Grundstücke, die auf der westlichen und südlichen Seite des Knappsbrinks liegen, grenzen ebenfalls noch an die Dr.-Eckener-Straße. Diese Straße wird derzeit ausgebaut. Sie wird als Erneuerungsmaßnahme nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes abgerechnet. Ein Ausschreibungsergebnis liegt vor. Vorausleistungen wurden gegenüber den Anliegern angekündigt. Der Anliegeranteil beträgt hier 75 %, die Beiträge belaufen sich je nach Grundstückgröße auf 600 € bis 20.000 €.

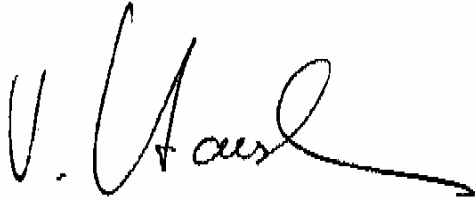
Mehrfach erschlossenen Grundstücke werden nach der sogenannten Eckgrundstückvergünstigung nur mit 60 % ihrer Fläche berücksichtigt.

Dennoch ist es richtig, dass Grundstückseigentümer auch 20.000 € oder mehr entsprechend ihrer Grundstücksfläche als Erschließungsbeiträge bzw. Straßenbaubeiträge zahlen müssen.

Darüber hinaus fallen weitere Kosten an:

Soweit Grundstücke bisher noch nicht an einem öffentlichen Kanal angeschlossen sind, werden nach Abschluss der Baumaßnahmen Abwasserbeiträge geltend gemacht. Diese betragen je nach Grundstücksgröße etwa 1.300 € bis 1.900 €. Abwasserbeiträge werden als Investitionskostenzuschuss zum städtischen Kanalnetz und einmaliger Beitrag in Abhängigkeit von der Grundstücksgröße durch Einheitsätze erhoben. Diese Einheitsätze gelten für das gesamte Stadtgebiet. Der o.g. Sachverhalt trifft auf drei Grundstücke im Abrechnungsgebiet zu.

Soweit Grundstücksanschlüsse, also Verbindungen vom städtischen Kanalnetz bis zur Grundstücksgrenze erneuert oder hergestellt werden, fallen ebenfalls Kosten für die Anlieger an. Die Höhe der Kosten für einen Grundstücksanschluss ist abhängig von der Straßenbreite. Die zugrunde liegenden Einheitsätze gelten ebenfalls für das gesamte Stadtgebiet und werden jährlich neu festgesetzt. Die Höhe der Kostenerstattung beläuft sich für den Knappsbrink zur Zeit auf max. ca. 2.100 € je Anschluss.



323 - 15 4501